

Wir sind es wert!

Völlig unzureichendes Angebot der Arbeitgeberseite! Für 2016 wurden nur 0,6% angeboten!

In der zweiten Verhandlungsrunde, die am 11. und 12. April in Potsdam stattfand, wurden die verschiedenen Themen der Tarifrunde diskutiert. Am zweiten Verhandlungstag machte die Arbeitgeberseite dann ein Angebot, dass diesen Namen nicht verdient. Das was die Arbeitgeber hier vorgelegt haben, ist ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Hier kann es nur eine Antwort geben: Raus zum Warnstreik!

Folgendes Angebot haben die Arbeitgeber heute vorgelegt:

Entgelterhöhungen

Die Entgelte der Beschäftigten inkl. der Auszubildenden sollen

- ab dem 01. Juni 2016 um 1% erhöht werden
- ab dem 01. Juni 2017 um 2% erhöht werden

Auf das Jahr 2016 gerechnet bedeutet dies eine Entgeltsteigerung in Höhe von 0,6% und liegt noch unter der erwarteten Inflation für dieses Jahr. Dies bedeutet, trotz positiver Haushaltslage der öffentlichen Kassen, einen Reallohnverlust für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Somit würden die Beschäftigten im öD weiterhin von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Auf das Jahr 2017 berechnet bedeutet dieses Angebot eine Steigerung 1,2% und kann somit den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung auch nicht halten.

Auszubildende

- Die bisherige Regelung zur Übernahme der Auszubildenden soll für die Laufzeit der Entgeltregelung fortgeschrieben werden.
- Die nachgewiesenen Unterbringungskosten für den Besuch der auswärtigen Berufsschule / Blockunterricht werden in der nachgewiesenen Höhe durch den Arbeitgeber übernommen.
- Es soll einen Lehrmittelzuschuss in Höhe von 50 Euro je Ausbildungsjahr geben.
- Eine Angleichung des Urlaubs der Auszubildenden an die restlichen Beschäftigten soll es nicht geben.

Befristungen

Eine Regelung zu Eindämmung/Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen wird von der Arbeitgeberseite rigoros abgelehnt.

Altersteilzeit

Die Regelungen zur Altersteilzeitarbeit sollen um 2 weitere Jahre verlängert werden.

Zusatzversorgung:

Die Arbeitgeberseite ist zwar von ihrer Forderung nach Leistungsverschlechterungen bei der betrieblichen Zusatzversorgung abgewichen – aber leider macht dies das Gesamtangebot nicht besser. Im Gegenzug fordern sie einseitige Sanierungsbeiträge von den Beschäftigten:

- in Höhe von 0,2% ab dem 01.07.2016
- in Höhe von 0,3% ab dem 01.07.2017 und
- in Höhe von 0,4% ab dem 01.07.2018

Die Arbeitnehmer sollen hier einseitig zur Kasse gebeten werden, ohne dass die Notwendigkeit für die einzelnen Kassen überhaupt nachgewiesen worden ist und die Arbeitgeber stehen sich aus der Verantwortung!

Entgeltordnung:

In den Verhandlungen gab es eine Annäherung in Fragen der Entgeltordnung. Diese ist überwiegend geeint und soll zum 01. Januar 2017 in Kraft gesetzt werden.

In der Pressekonferenz bezeichnete Frank Bsirske das Arbeitgeberangebot als an Dreistigkeit kaum zu überbieten und einen Akt der Geringschätzung gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes!

**Darauf kann es nur eine Antwort der Beschäftigten geben:
Raus zum Warnstreik!**

Steht für eure Forderungen ein!

Beteiligt euch an den Aktionen und Warnstreiks von ver.di!

Tarifvertrag unterstützen – ver.di unterstützen – Mitglied werden!